



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 6 - V - 5 0 - 0 0 1 3**
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) II

Geflüchtete in Wiesbaden; Konzept GU.plus

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

G o ß m a n n

Bürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz

Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: -15.427.548,09
 in %: -4,9

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: 2.321.098,45
 in %: 18,09

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
X	X	2017	Ausstattung	250.000	250.000	0	wird noch festgelegt		Aufteilung CO/IM wird mit 20 festgelegt
Summe einmalige Kosten 2017:				250.000	250.000	0			
	X	2017	Personal für GU.plus	254.440	254.440	0	1300171	630098	Personalkosten
	X	2017	Arbeitsplatzkosten	38.800	38.800	0	1300171	680000	Sachkosten
Summe Folgekosten 2017 ff:				293.240	293.240	0			

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Im Jahr 2015 hatte die Landeshauptstadt Wiesbaden ca. 1.880 Geflüchtete und im Jahr 2016 (Stand 15.09.2016) rd. 1.500 Geflüchtete aufzunehmen und in Gemeinschaftsunterkünften (GU) unterzubringen. Ganz überwiegend konnten kleinere GU implementiert werden, allerdings mussten mittlerweile auch GU mit teilweise > 250 Plätzen eingerichtet werden. Bei diesen großen GU entstehen im Vergleich zu kleineren zusätzliche Aufgaben, denen mit dem beigefügten Konzept „GU.plus“ begegnet werden soll.

Anlagen:

Konzept GU.plus Stand 31.08.2016 inkl. einer Präsentation

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen,
 - 1.1 dass in den Ämtern 50 und 51 das Konzept GU.plus für Gemeinschaftsunterkünfte > 250 Plätze entwickelt wurde.
 - 1.2 dass für diejenigen Mitarbeitenden in der Arbeitsgruppe 500132 Sozialdienstliche Betreuung, die verantwortliche Ansprechpartner für eine GU.plus sind (insbesondere zur Einbindung und Koordinierung des Bürgerschaftlichen Engagements in die jeweilige GU.plus) künftig einmal je GU.plus der Personalschlüssel 1:50 zu Grunde gelegt wird.
 - 1.3 dass bei GU.plus ab 400 Plätzen künftig einmal je GU der Personalschlüssel 1:80 zu Grunde gelegt wird, da bei GU ab 400 Plätzen eine Unterstützung der/des GU verantwortlichen Ansprechpartners erforderlich ist.
 - 1.4 dass für alle weiteren Mitarbeitenden der Sozialdienstlichen Betreuung Asyl der Personalschlüssel von 1:100 fort gilt.
 - 1.5 dass die durch das Konzept GU.plus zusätzlichen Personalbedarfe 3 VZÄ S 14 betragen.
 - 1.6 dass im Doppelhaushalt 2018/19 zur Umsetzung des Konzeptes zusätzliche Mittel für die Bereiche Elternbildung, Angebote für Kinder zur Vorbereitung auf den Besuch einer Kindertagesstätte und die laufende Pflege der gestalteten Außenanlagen (Spielplätze, Urban Gardening) benötigt werden; Dez. II/50 wird diese entsprechend anmelden.
2. Es wird beschlossen:
 - 2.1 Dem Konzept GU.plus wird zugestimmt
 - 2.2 Zum Stellenplan 2018/2019 (zunächst befristet bis zum 31.12.2019) werden drei Vollzeitplanstellen im Stellenwert S 14 bei 500132 Sozialdienstliche Betreuung geschaffen. Die Planstellen sind mit einem kw-Vermerk zu versehen. Dezernat II/50 wird ermächtigt, die Besetzung der Planstellen vorab der Beschlussfassung und Genehmigung des Stellenplans 2018/2019 ab dem 01.01.2017 zu realisieren.

- 2.3 Je GU.plus (aktuell vier, ab 12.2016 fünf) wird in 2017 einmalig ein Gesamtbudget im Umfang von 30.000 € zur Gestaltung der Außenflächen und sonstiger notwendiger Anschaffungen/ Einrichtungen (z. B. Begegnungscafé, Hausaufgabenräume) zur Verfügung gestellt; insgesamt 150.000 €.
- 2.4 Zusätzlich werden einmalig 100.000 € für die Ausgestaltung des Außengeländes der Hans-Bredow-Straße benötigt (siehe Erläuterungen dazu in der Begründung).
- 2.5 Unabhängig vom Konzept GU.plus wird im Bereich der neu zu schaffenden Arbeitsgruppe (500133 Sozialdienstliche Betreuung) zum Stellenplan 2018/2019 (zunächst befristet bis 31.12.2019) eine Vollzeitplanstelle „Arbeitsgruppenleitung“ im Stellenwert S 17 Fg 6 geschaffen und kann vorab der Beschlussfassung und Genehmigung zum Stellenplan 2018/2019 ab dem 01.01.2017 besetzt werden. Die Planstelle ist mit einem kw-Vermerk zu versehen.
- 2.6 Dez. II/50 wird zur Schaffung der organisatorischen Struktur der zusätzlichen Arbeitsgruppe (500133) beauftragt, in Verbindung mit Dez. III/11 eine entsprechende Organisationsverfügung zu erstellen.
- 2.7 Die erforderlichen Mittel aus Ziffern 2.2-2.5 werden dem Budget des Amtes 50 zugesetzt. Der Bedarf ab 2018 wird durch Amt 50 in der HH-Anmeldung 2018/2019 außerhalb der Eckwerte gemeldet.
- 2.8 Die haushaltstechnische Umsetzung erfolgt zwischen Dez.VI/20 und Dez.II/50.
- 2.9 Dez. II/50 wird in Verbindung mit Dez. III/11 beauftragt bis 30.09.2018 den zusätzlichen bewilligten bzw. einen evtl. erforderlichen dauerhaften Personalbedarf durch zusätzliche Informationen zur Fallzahlen- und Aufgabenentwicklung zu begründen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Zurzeit befinden sich 41 GU im Betrieb (Kastel Housing wird nur einmal gezählt) in denen 2.488 Menschen leben (Stand 15.9.2016). Von diesen GU sind aktuell vier GU (GU Mainzer Straße, GU Otto-Wallach-Straße, GU Hans-Bredow-Straße, GU Kastel Housing) mit einer Kapazität von > 250 Plätzen ausgestattet; die GU Berliner Straße, die Ende 2016 in Betrieb gehen soll, wird aufgrund ihrer Größe ebenfalls nach dem Konzept GU.plus arbeiten.

Mit Beschluss Nr. 0140 hat die StVV am 13.5.2015 (siehe Ziffer 1.2) zur Kenntnis genommen, dass sich im Bereich der sozialdienstlichen Betreuung Asyl ein Personalschlüssel von 1:100 bewährt hat. Dies wird vom zuständigen Dezernat bzw. Fachamt wie auch seitens der Dienststelle nach wie vor bestätigt. Allerdings müssen einige der Mitarbeitenden im Rahmen des vorgestellten Konzeptes GU.plus Zusatzaufgaben übernehmen, die zusätzliche zeitliche Ressourcen erfordern und bei diesen Mitarbeitenden durch einen niedrigeren Betreuungsschlüssel zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die im Konzept beschriebene umfangreiche Informations- und Koordinierungsarbeit zur Integration des bürgerschaftlichen Engagements in den Betrieb und die Abläufe in den GU.plus sowie die inhaltliche und organisatorische Abstimmung und Koordination der vielfältigen Aktivitäten der unterschiedlichsten Ehrenamtlichen im Stadtteil erfordern das zusätzliche Zeit- bzw.

Personalbudget im Bereich der sozialdienstlichen Betreuung Asyl. Die Funktion eines/einer GU-verantwortlichen Ansprechpartners/Ansprechpartnerin erfordert entsprechende personelle Ressourcen.

Derzeit umfasst die Leitungsspanne im Bereich 500132 Sozialdienstliche Betreuung ca. 23 Mitarbeitende. Zur Gewährleistung des erforderlichen Personalschlüssels 1:100 gemäß Beschluss Nr. 0140 sind weitere Bewerberinnen aktuell im Besetzungsverfahren, so dass sich die Zahl perspektivisch bis Jahresende 2016 auf 26 VZÄ zzgl. des beantragten Personalbedarfes i. H. v. 3,0 VZÄ - insgesamt dann 29 VZÄ - erhöht. Die Anzahl der der Landeshauptstadt Wiesbaden zur Aufnahme zugewiesenen Geflüchteten übersteigt nach wie vor die Abgänge, so dass mit weiterem Personalbedarf zur Einhaltung des Personalschlüssels zu rechnen ist. Die Anzahl der VZÄ im Bereich 500132 stellt im Vergleich zu ähnlich strukturierten Bereichen der Verwaltung bereits jetzt eine überhöhte Führungsspanne dar. Das heißt, dass eine Führungskraft mehr Mitarbeitende verantwortet als in anderen, vergleichbaren Bereichen der Verwaltung. Hinzu kommt, dass durch den hohen Anteil neuer Mitarbeitender in diesem expandierenden Bereich ein erhöhter Einarbeitungs- und Beratungsbedarf besteht. Aus diesen Gründen ist die Schaffung einer zweiten Arbeitsgruppe mit einer entsprechenden Leitungsstelle notwendig.

Zur Gestaltung des Außengeländes rund um die GU Hans-Bredow-Straße liegen eine erste, grobe Kostenschätzung sowie im Fachamt entwickelte Ideen vor. Ein konkretes Konzept und somit eine Grundlage für eine endgültige Kostenkalkulation muss noch in Abstimmung mit u. a. der SEG und anderen städtischen Ämtern entwickelt werden.

Bei der GU Hans-Bredow-Straße 1 handelt es sich um ein ehemaliges Bürogebäude, dessen Außengelände zur Nutzung durch die Bewohnenden - insbesondere der Kinder und Jugendlichen - umgestaltet werden muss. Eine Situation vergleichbar mit der GU Kastel Housing ist nicht gegeben. Das Gebäude ist von Freiflächen mit Parkplätzen umgeben, die für die Umgestaltung zur Verfügung stehen. Bezüglich der Gestaltung des Außengeländes für Kinder und Jugendliche ist u. a. in Kooperation mit der Stiftung „Ich geh ein Stück mit dir“ und der Helene-Lange-Schule die Anlage eines „Vielplatzes“ (Spielplatz mit besonderem Konzept der Einbeziehung der Bewohner/innen und Schüler/innen der Schule) in Planung. Soweit als möglich sollen Mittel über Spenden/Sponsoren generiert werden. Benötigt werden auf alle Fälle z. B. ein Ballfangzaun, Basketballkorb, Fußballfeld, Tischtennisplatte, eingehauste Kinderwagenabstellfläche, eingehauste Müllcontainer u.v.a.m.

Es erfolgt eine teilweise Deckung im Rahmen der vom Land gezahlten Pauschale (Landesaufnahmegesetz).

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 10. Oktober 2016

50

Werner (4404/wr)

51.4 dezentrale
Steuerungsunterstützung
4261/bu)

Goßmann
Bürgermeister